

Das Schiedsgerichts-Gesetz von Neuseeland.

London im März. (Eig. Ber.)

Die tiefen Klassenkämpfe, die in den Jahren 1890 und 1891 in Australien tobten, führten dort zu sozialpolitischen Experimenten...

Die Lebensfähigkeit des Gesetzes von Neuseeland besteht in der richterlichen Gewalt, mit der die Schiedsämter ausgestattet wurden...

Eine derartige Gemeinschaft, die noch dazu isoliert auf klimatisch gesunden, reichen Inseln wohnt, könnte doch zu ganz andern Reformen...

Nach der Februar-Kammer der „Labour Gazette“ bestimmt dieses Gesetz:

Die Regierung ernennt einen Registrar, der die wirtschaftlichen Vereinigungen (Industrial Unions) einträgt und ihnen hierdurch...

Der Gouverneur ernennt den Vorsitzenden aus den Richtern des Obersten Gerichtshofs. Die Unternehmer und die Arbeiter reichen je eine Liste von Personen ein...

Das Gericht kann nur von einer wirtschaftlichen Vereinigung im Anspruch genommen werden. Jedoch ist es erforderlich, daß die Vereinigung ein Meeting zu diesem Zweck beruft...

Die Vereinigungen dürfen unter einander Verträge auf eine Periode bis zu drei Jahren abschließen. Werden Abschriften derselben an den Registrar eingeschickt...

In Hinsicht auf Streiks, Aussperrungen, Entlassung von Arbeitern, Festsetzung eines Minimallohnes, Förderung des Gewerkschaftswesens...

§ 34. a) Wer nach einer entsprechenden Frist zur Anmeldung von Konflikten, oder b) während der Schwere der Gerichtsverhandlungen...

1. eine Handlung unternimmt, die den Charakter von Aussperrungen oder Streiks hat, ferner die Arbeit suspendiert oder unterläßt...

2. zu solchen Handlungen anreizt oder ihnen Vorschub leistet, macht sich eines Vergehens schuldig, das mit einer Geldstrafe bis zu 1000 Pfund Sterl. oder mit Gefängnis bis zu zwei Monaten geahndet wird.

§ 35. Entläßt ein Unternehmer einen Arbeiter, weil dieser einer wirtschaftlichen Vereinigung (Gewerkschaft) angehört, oder weil er ein schiedsrichterliches Urteil gegenüber dem Unternehmer erhalten hat...

§ 36. Auf Grund seines Urteils oder auf Grund eines Vertrages darf das Schiedsamt...

a) einen Minimallohn festsetzen, und b) verordnen, welche Arbeiter, die zu gleicher Zeit und unter gleichen Bedingungen beschäftigt sind, vorzuziehen sind...

§ 37. Im Verlauf eines Prozesses darf der Gerichtshof alle oder einige der folgenden Punkte durchführen. Er darf:

1. verordnen, daß irgend eine industrielle Gewohnheit, Brauch, Regel oder Bedingung auf den ganzen Arbeitszweig ausgedehnt wird;

2. bestimmen, wie weit und unter welchen Bedingungen und Umständen eine solche allgemeine Regel bindend sein soll für alle Personen eines Arbeitszweiges;

3. Strafen festsetzen gegen das Übertreten dieser allgemeinen Regel;

4. Einhaltsbefehle gegen Unternehmer erlassen;

5. die Streikung einer wirtschaftlichen Vereinigung veranlassen;

6. die Ausschließung eines Mitgliedes aus der Vereinigung verordnen;

7. Strafen festsetzen gegen Nichtbefolgung der Urteile.

§ 40. Ist die Vereinigung oder der Zweigverein korporativ nicht im stande, die ihm auferlegten Strafen zu zahlen, so übergeht...

die Verantwortlichkeit auf die einzelnen Mitglieder der Vereinigung, die bis zu 10 Pfund Sterl. herangezogen werden können.

Partei-Nachrichten.

Dem Andenken Wilhelm Liebknechts hat aus Anlaß der am 20. März bevorstehenden Enthüllung seines Grabdenkmals der „Rohre Jacob“ einen wesentlichen Teil seiner letzten erschienenen Nr. 7 des 19. Jahrganges gewidmet.

In dem Wasser gefallen ist die große von Herrn Dr. Büttgenau ins Werk gesetzte Reineidsaktion gegen einige Parteigenossen, die in dem bekannnten Verwurfsprozesse gegen ihn angeklagt hatten.

In Sachen des Entwurfs zu einer Petition an den sächsischen Landtag erklärt der Genosse Lebius, daß der Entwurf, der das Ersuchen um Gewährung des wörtlichen Wahlrechts zum Landtage für alle Wähler...

Hiernit dürften nun die Äiten über den „Joh. Büttgenau“ und alles, was damit zusammenhängt, endgültig geschlossen sein.

In Sachen des Entwurfs zu einer Petition an den sächsischen Landtag erklärt der Genosse Lebius, daß der Entwurf, der das Ersuchen um Gewährung des wörtlichen Wahlrechts zum Landtage für alle Wähler...

In Elmhorn verstarb nach kurzer Krankheit der Parteigenosse Vorkämpfer Roth. Roth, der sehr eifrig für unsre Partei tätig war, hinterläßt eine Frau und vier kleine Kinder.

Politisches, Gerichtliches u. s. w.

Ein sehr gefährlicher Preßfäuder ist der Genosse Köhle von der Chemnitzer „Volksstimme“. Gegen ihn mußte an einem Tage in nicht das weniger als drei Klagen verhandelt werden.

Aus Industrie und Handel.

Metallerzeugung in Deutschland im Jahre 1901. Der stark rückgängige Geschäftskontinent in der Metallindustrie tritt in der amtlichen Statistik deutlich zu Tage...

Einchränkung von 88 Proz im Monat Februar konnte bis auf 31 Proz gemindert werden. Nach Hütten im Ministerium war der Kohlenverbrauch...

Gewinne amerikanischer Truht. Unter dem Titel: „Was Truht verdienen“ bringt die „Montagezeitung“ folgende interessante Mitteilungen über den Geschäftserfolg, der in der Mineralindustrie der Vereinigten Staaten im Jahre 1900 erzielt wurde...

Geschäftsberichte der Aktiengesellschaften. Die Reederei Aktien-Gesellschaft vom Jahre 1898 in Hamburg beziffert ihren Reingewinn auf 146 140 M. Dividende 7 Proz.

Sociales.

Schutz vor Schutzvorrichtungen. Man schreibt uns aus Königshagen: Am 1. April d. J. sollte eine im Jahre 1898 publizierte Polizeiverordnung betreffend die Schutzvorrichtungen an im Fabriken arbeitenden landwirtschaftlichen Maschinen in Kraft treten.

Ueber die ungarische Fabrikindustrie macht die Statistische Korrespondenz nach amtlichen Ermittlungen einige interessante Angaben. Die Ermittlungen beziehen sich auf die Betriebe mit mindestens 20 Angestellten oder von sonst fabrikmäßigem Charakter...

Nach der amtlichen Veröffentlichung enthielten auf die

Table with 5 columns: Industrie, Fabrik, Produktionwert, Anlagen, Angestellte. Rows include Eisen- u. Metallindustrie, Holzindustrie, etc.

Zu der Zahl der Angestellten sind auch alle Weanten, sogar Lehrlinge, Arbeiter, Seelförderer, inbegriffen. Es ergibt sich aus den Schlußzahlen, daß auf jeden Arbeiter ein Produktionswert von 3386 Kronen entfällt.

Das norwegische Storking und die Arbeitslosen. Das Sozialkomitee des Storkings hat dem Gesuch der demokratischen Arbeiter-Organisation, 20 000 Kronen für die Arbeitslosen zu bewilligen...

Tokales.

Liebnechts Denkstein.

Am ersten Osterfeiertag wird auf dem städtischen Friedhofe von Friedrichsfelde das Denkmal auf dem Grabe Liebnechts enthüllt werden, das die Berliner Parteigenossen auf Anregung des sechsten Wahlkreises dem Unvergesslichen errichtet haben.

Die Feier wird früh 9 Uhr beginnen. Sie wird durch Gesang der Gesangsvereine des sechsten Kreises eingeleitet. Die Gedächtnisrede hält der jetzige Vertreter des Liebnechtschen Wahlkreises, Genosse Ledebour.

Der Zutritt zu der Feier, an der die Arbeiterklasse ganz Berlins und ganz Deutschlands im Geiste teil hat, kann in Anbetracht der Raumverhältnisse und der daraus sich ergebenden Anforderungen der Friedhofsverwaltung keine Unbeschränkte sein. Vielmehr ist es unvermeidlich, daß zur Feier nur Deputationen Zutritt haben können. Daher kommt an die Partei-Organisationen, an die Gewerkschaften sowie an die Vertreter der Partei in öffentlichen Ämtern nur je eine gewisse Anzahl von Eintrittskarten zur Austeilung. Und nur mit solchen Karten versehenen Genossen werden Zutritt zur Grabstätte haben.

Von 10 Uhr ab wird das Denkmal zur Befestigung allgemein freigegeben. An die Genossen und Genossinnen richten wir das Ersuchen, sich nicht in geschlossenem Zuge, sondern, gemäß behördlicher Anordnung, sich nur einzeln zum Friedhof zu begeben und den Anordnungen unserer Ordner Folge zu leisten.

Da für eine würdige Ausschmückung der Grabstätte bereits durch das Komitee Sorge getragen wird, so bitten wir, von Kranzspenden absehen zu wollen.

Das Komitee.

Die Stadtverordneten-Versammlung

hat in ihrer gestrigen außerordentlichen Sitzung die Beratung des Stadthaushalts-Etats für 1902 beendet, so daß sie mit der zweiten Lesung in nur drei Sitzungen fertig geworden ist. Die noch restierenden Einzellets wurden meist wieder ohne lange Erörterung erledigt, darunter auch der Etat der Gaswerke und der Straßen- und Brückenbau-Etat.

Die Krönung der Etatsberatung bildete die Beschlußfassung über die Frage, ob die Einkommen von 860—900 Mark noch weiter zur Gemeinde-Einkommensteuer herangezogen werden sollen. Auch hierüber wurden nicht mehr als zu viele Worte gemacht. Die Sache ist so oft und erst im vorigen Herbst wieder so gründlich erörtert worden, daß sie noch gerade als spruchreif gelten konnte. Der sozialdemokratische Antrag, der die Richtbesteuerung forderte, hatte im Etatsauschuß keine Mehrheit gefunden, wurde aber im Plenum von den Antragstellern aufrecht erhalten. Unterstützt wurde er von der „Neuen Linken“, die ihrerseits einen entsprechenden Antrag einbrachte und zugleich Vorschläge machte, in welcher Weise der Steueranfall anderweitig zu decken sei. Ein Antrag der „Fraktion Kommunisten“ empfahl nur eine Resolution zu Gunsten der Beseitigung der Biermarkt-Steuer von 1903 ab. Die Debatte eröffnete der Redner der „Neuen Linken“, Herr Preuß. Den von ihm geführten Redeweis, daß der Etat auch ohne die Biermarkt-Steuer sehr wohl balanciert werden kann, bemängelte der Stadtkämmerer Raab, der noch im Herbst für die Beseitigung dieser Steuer eingetreten war. Genosse Bruns, der von unserer Seite für die Beseitigung sprach, hob besonders ein Argument hervor, das allein schon hinreichend haben müßte, um dem sozialdemokratischen Vorschlag zum Siege zu verhelfen: die wirtschaftliche Notlage, unter der infolge der Arbeitslosigkeit gegenwärtig ein großer Teil der Arbeiterbevölkerung leidet. Herr Bruns hatte bereits Herr Ballach erklärt, daß seine Fraktion, die „Alte Linke“, prinzipiell nicht für einen Verzicht auf die 4 Mark zu haben sei. Hinterher wurde die Prinzipienfestigkeit des Freisinnigen von Herrn Cassef noch einmal bekräftigt. Im übrigen suchte Herr Cassef den Eindruck der ablehnenden Haltung, die er und seine Freunde einnahmen, dadurch zu mildern, daß er wieder die bekannten wahlrechtlichen Erwägungen geltend machte. Singer führte ihn kurz, aber kräftig ab. Wegen Singers Vorwurf, daß der Freisinnige Cossel sich nicht für einen Verzicht auf die 4 Mark zu haben sei, erklärte er, daß er das Wahlrecht grundsätzlich an einen Census gebunden wissen wolle, die Aufrechterhaltung des plutokratischen Charakters des Wahlrechts verteidige, wehrte sich Herr Cossel mit großem Eifer. Als er versicherte, seine Haltung sei ganz folgerichtig, ergänzte ein Zwischenruf: „liberal ist sie!“ Abgestimmt wurde zuerst über den Antrag der „Neuen Linken“; er wurde mit 60 gegen 43 Stimmen abgelehnt. Mit Nein stimmte auch ein Teil der „Neuen Linken“ selber! Verschiedene Freisinnige, die noch im Herbst für die Nichterhebung der Biermarkt-Steuer gewesen waren, wollten jetzt nichts mehr davon wissen. Bei jedem einzelnen Anlauf dieser Voten erscholl von den Bänken unserer Genossen der spöttische Ruf: „Umgefallen!“ Im ganzen wurden so acht Umsätze registriert. Ansgenommen, und zwar mit 53 gegen 49 Stimmen, wurde dann die Resolution Rommsen, womit der sozialdemokratische Antrag von selber abgethan war. Die Resolution bedeutet weiter nichts als einen höchst unsicheren Wechsel auf die Zukunft. Die freisinnige Mehrheit wird im nächsten Jahre schwerlich einfließen.

Nach Verabschiedung des Etats wurde noch eine lange Reihe mehr oder weniger wichtiger Vorlagen erledigt. Ueber die Straßenpflasterungs-Vorlage wollte man gleich ein bloß abstimmen lassen, Singer verlangte aber besondere Abstimmung über die Pflasterung der „Linden“. Es gab darauf eine längere Geschäftsordnungs-Debatte, weil das Herr Ballach nicht in den Kram paßte und der Vorsitzende Herr Sangerhans nicht begriff, um was es sich handelte. Der Sangerhans' Vorstoß drang schließlich durch; aber die lösspaltige „Linden“-Pflasterung wurde angenommen — von derselben Mehrheit, die sich eben erst gegen den Verzicht auf die Biermarkt-Steuer erklärt hatte!

Die Beratung über die Vergabung der städtischen Drucksachen wurde in die geheime Sitzung verlagert. Bruns erklärte sich aus grundsätzlichen Bedenken gegen diese Furcht vor der Öffentlichkeit.

Zu dem Widerstand des Magistrats gegen die Verstärkung der Wasserwerks-Deputation wies Singer darauf hin, daß die Versammlung beschlossen habe, den Fraktionen Gelegenheit zur Mitarbeit möglichst in allen Deputationen zu geben. Sein Antrag, den Beschluß auf Verstärkung der Wasserwerks-Deputation zu wiederholen, wurde fast einstimmig angenommen. Eine verdiente Schlappe für den Magistrat!

Die Genossenschaft „Abstinenzheim“ giebt bekannt, daß sich die Geschäftsstelle von jetzt ab Berlin NO., Prenzlauer Allee 37, Aufgang III, befindet. Wer sich für dieses Unternehmen interessiert und nähere Auskunft wünscht, wird gebeten, sich mündlich oder schriftlich an die Geschäftsstelle zu wenden.

Nachmals die neuen Postwertzeichen. Wegen der mit dem 1. April ds. Js. einzuführenden neuen Postwertzeichen für das bisherige Reichspostgebiet und Württemberg geben wir noch folgende Mitteilung des Reichspostamts wieder: Die bisher im Reichspostgebiet gültigen Postwertzeichen mit der Aufschrift „Reichspost“ werden mit Ende März 1902 außer Kurs gesetzt. Nach der in den Schalterräumen der Postanstalten angebrachten Bekanntmachung sollen die neuen Postwertzeichen, mit deren Verläufe bereits begonnen worden ist, nicht vor dem 1. April und die alten Postwertzeichen nicht

mehr nach dem 31. März zur Frankierung verwendet werden. Die durch das Postamtsblatt vom 12. März getroffenen Durchführungsanweisungen lauten dahin, daß die am 1. April den Briefkasten entnommenen, mit alten Postwertzeichen frankierten Sendungen ohne Nachtrage zur Absendung kommen. Auch sonst sollen die Postanstalten Sendungen mit unrichtigen Postwertzeichen bis auf weiteres nicht in der Beförderung aufhalten und mit Nachtrage belegen. Immerhin liegt es im Interesse des Publikums, stets die richtigen Postwertzeichen zu benutzen und nicht mehr zu große Einläufe alter Freimarken, Postkarten etc. zu machen. Die unverwendet bleibenden alten Postwertzeichen werden bis Ende Juni d. J. an den Postschaltern und bei den Landbriefträgern gegen neue Postwertzeichen umgetauscht.

Die Drucksachen des Magistrats (Gemeindeblatt, Verwaltungsberichte, Vorlagen etc.) sollten, wie erinnerlich, anderweit vergeben werden und zwar wiederum um drei Jahre, weil die Firma Löwenthal, welcher die Druckerstellung seit langen Jahren für den vertragsmäßigen Preis von 41266 M. pro Jahr übertragen waren, infolge Lohnerhöhungen, Steigerung der Papierpreise etc. diesmal eine Mehrforderung von ca. 4950 M. stellte. Bei der öffentlichen Ausschreibung hatte nun die bekannte Firma Wilhelm Greve, Inhaber Max Pasch, das Mindestgebot mit 38842 Mark abgegeben, während andre angesehenen Druckfirmen (wie Litfah, Elöner, Sittenfeld, Hahn Erben) erheblich höhere Gebote als die Firma Löwenthal abgaben; sie schwankten zwischen 51803 M. und 63796 M. Die Firma Pasch bewarb sich schon vor sechs Jahren um die Magistratsdrucksachen; damals forderte sie für den Druck des Gemeindeblattes und der Etats ungefähr doppelt so viel wie heute, trotzdem inzwischen die Sagerlöhne etc. um 14 Prozent gestiegen sind. Der zur Vorberatung dieser Angelegenheit eingesetzte Stadtverordneten-Ausschuß hat nun beschlossen, den Antrag des Magistrats betreffend Uebertragung der Drucksachen an die Firma Greve (Pasch) abzulehnen.

Das Kuratorium des städtischen Vieh- und Schlachthofes beschäftigte sich in seiner gestrigen Sitzung wiederum mit der Frage der Verpachtung der Restaurationsräume auf dem Centralviehhofe, welche bekanntlich vom Magistrat zum zweitenmal ausgeschrieben werden mußte, da bei dem ersten Submissionsverfahren keine Unregelmäßigkeiten vorgekommen waren. Auf die zweite Ausschreibung sind dem Vernehmen nach weit über zwanzig Angebote eingegangen, mit deren Sichtung und Prüfung sich eine in voriger Sitzung eingesetzte Subkommission beschäftigt hat. Nachdem dieselbe gestern Bericht erstattet, machte sich das Kuratorium über die Person des neuen Pächters schlüssig; über diesen Beschluß scheint aber strengste Amtsverschwiegenheit obzuwalten zu sollen, denn der Name des Erwählten war nirgends zu erfahren. Die Angelegenheit wird ummehrer wieder den Magistrat beschäftigen, ehe sie an das Forum der Stadtverordneten gelangt.

Die Benachrichtigungen über die Steuererhöhungen werden gegenwärtig den Steuerzahlern zugestellt. Die Einschätzungskommissionen haben Steuererhöhungen in ungeheurer großer Zahl vorgenommen, die durch nichts gerechtfertigt erklärten, ungewissen, als bei der unumkehr seit zwei Jahren zurückgehenden Geschäftslage eine Herabsetzung der Steuern erwartet wurde. Demgemäß ist schon jetzt, noch während der Ausgabe der Benachrichtigungen stattfindend, die Zahl der Reklamationen recht bedeutend und die Steuerbehörden werden in diesem Jahre mit einer wahren Hochflut von Gesuchen wegen Herabsetzung in der Steuer überhäuft werden. Die Reklamationsfrist muß streng innegehalten werden, da bei einem verspäteten Eintreffen der Proteste bei der Steuerbehörde auch nur um einen Tag jede Reklamation erfolglos ist.

Die Deputation der städtischen Wasserwerke sollte um einen Stadtverordneten vermehrt werden: der Magistrat hat sich mit diesem Beschluß nicht einverstanden erklärt, da der Umfang der Geschäfte eine Vermehrung der Mitglieder der Deputation nicht erfordert; dahingegen tritt der Magistrat dem Beschluß bei, die Grund-eigentums-Deputation um zwei Stadtverordnete zu verstärken, sofern die Stadtverordneten-Versammlung sich damit einverstanden erklärt, daß auch die Zahl der Magistrats-Vertreter um ein Mitglied vermehrt werde.

In der seit Jahren schwebenden Angelegenheit betreffend die Einstellung eines Betrages von 5000 M. in den Specialetat 45 „zur Verfügung des Stadtverordneten-Vorsitzenden“ war der Magistrat wiederum dem Beschluß der gemischten Deputation nicht beigetreten; er lehnte die Einstellung der 5000 M. abernmals ab, weil, so lange die Zweckangabe für die Verwendung des Geldes nicht erfolge, ein Bedürfnis nicht beurteilt und bemessen werden könne. Der Etatsauschuß hat nun, anscheinend des langen Streites müde, beschlossen, der Versammlung zu empfehlen: „von der Antwort des Magistrats Kenntnis zu nehmen“. Damit dürfte die eigenartige Sache begraben sein.

Die Zahl der öffentlichen Uhren soll bekanntlich um 17 Stück vermehrt werden. Die Mittel hierzu sind bereits seit Jahr und Tag von den städtischen Behörden bewilligt, auch die Plätze ausgewählt worden, auf welchen die neuen Uhren aufgestellt werden sollen. Wie wir hören, wird zur Zeit ein Modell für die Uhren-Träger konstruiert, welches allen Anforderungen genügen dürfte. Sobald dasselbe die Zustimmung der städtischen Behörden gefunden haben wird, soll mit der Aufstellung der 17 Uhren, voraussichtlich noch in diesem Jahre, begonnen werden.

Eröffnung des Durchgangsverkehrs auf der Hochbahn. Die Betriebsverwaltung der elektrischen Hoch- und Untergrundbahn eröffnet den Durchgangsverkehr zwischen Ostern und Westen mit Benutzung des Geleisbereichs am heutigen Dienstag. Es geschieht dies in der Weise, daß eine neue Linie Zoologischer Garten—Hallesches Thor eröffnet wird. Der weitere Verkehr mit dem Osten wird durch Umfahrungen auf der Hallesche Hallesches Thor vermittelt. Diezüge Zoologischer Garten—Hallesches Thor verkehren in Abständen von 10 Minuten. Der erste Zug geht vom Zoologischen Garten morgens 5.55 Uhr, der letzte 12.38 Uhr nachts. Die Fahrzeit vom Zoologischen Garten zum Halleschen Thor beträgt 9 Minuten.

Die 20. Gemeindeschule in der Oranienstraße 26 wird am 1. April d. J. nach der Waldemarstraße 17 in einen Neubau verlegt. Das Schul-Grundstück in der Oranienstraße 26 soll dann zu einer Blinden-Beschäftigungsanstalt eingerichtet werden, weil das bis jetzt dazu benutzte Grundstück in der Alten Jakobstraße 112 an den Reichsfiskus zur Vergrößerung der Reichsdruckerei verkauft worden ist und in zwei Jahren geräumt werden muß. In der Anstalt sind durchschnittlich 150 Blinde beschäftigt. Die Einrichtungskosten werden etwa 7000 M. betragen. Der Reichsfiskus will das alte Gebäude in der Alten Jakobstraße niederreißen und einen Neubau aufzuführen lassen.

In der Gaudinischen Mordaffäre sind die durch die militärische Untersuchungs-Kommission bei den Mannschaften des 2. Garde- Dragoner-Regiments vorgenommenen Vernehmungen resultatlos verlaufen, wie auch die Durchsichtung der Stubenschränke in der Kajete nach dem Getöteten geraubten Gegenständen erfolglos blieb. Nach dem Verlaufe der Untersuchung ist es überhaupt zweifelhaft geworden, ob das Verbrechen durch Garde- Dragoner verübt worden ist, vielmehr wird mit der Möglichkeit gerechnet, daß die That auch durch den Angehörigen einer andren Kavallerietruppe begangen sein kann. Die Kriminalpolizei hat übrigens die Untersuchung nach einer andren Richtung hin ausgenommen, da es nicht ausgeschlossen erscheint, daß Civilpersonen, die von ihrer Dienstzeit her im Besitze von eignen Uniformen sind, bei dem Verbrechen beteiligt waren. Es ist festgestellt, daß homosexuell benannte Personen sich häufig

verkleiden. Dieser Umstand spielte beispielsweise eine ganz bedeutende Rolle bei einem ähnlichen Mord, welchem vor 13 Jahren der in der Kaudinstraße wohnhaft gewesene Militär-Invalide Korse zum Opfer fiel. Damals wurde in der Wohnung des R. ein Photogramm-Album vorgefunden, in welchem sich zahlreiche Abbildungen von perverts veranlagten Männern befanden, die sich als Frauen, Soldaten, Lakaien etc. verkleidet hatten. Auch der Mörder des R. ist, wie wir erwähnen wollen, niemals ermittelt worden.

Auf dem Untergrundbahnhof Potsdamerplatz ist den Fahrgästen die größte Aufmerksamkeit zu empfehlen, wenn sie nicht an ihrem Geldbeutel geschädigt werden wollen. Vom Potsdamerplatz aus geht sowohl die Linie nach dem Stralauer Thor als auch nach dem Zoologischen Garten. Ein Schild an der Ecke des Perrons zeigt an, welche Linie zur Zeit befahren wird, doch ist dieses Schild so winzig, daß es vom Fahrgast kaum bemerkt wird. Am Sonntag sind denn auch eine ganze Anzahl Fahrgäste statt nach dem Stralauer Thor nach dem Zoologischen Garten gefahren. Die irrthümlich befahrene Linie mußte natürlich nachgebahrt werden, ebenso die Fahrt zurück. Am Potsdamerplatz wurden den Fahrgästen, die nun auf ihre gelösten und bereits kopierten Billets die Linie Stralauer Thor befahren wollten, die Billets einbehalten und für ungültig erklärt. Erst nach Rücksprache mit dem Stationsvorsteher gelang es den Fahrgästen, die Karten zurückzubekommen, so daß sie ihre Fahrt beginnen konnten. Man sollte, um derartige Vorkommnisse zu vermeiden, etwas mehr ins Auge fallende Schilder anbringen; außerdem wäre vielleicht den Zugführern oder Schaffnern zu empfehlen, ihre Linien laut auszurufen.

Am Rande des Grabes hat die 73 Jahre alte Almosenempfängerin Witwe Luise Klamma aus der Stenbalerstr. 13 Hand an sich gelegt. Die alte Frau wohnte bei ihrer verheirateten Tochter und schlief mit ihr in einem Zimmer. Seit einem Jahre an Atemnot und Rheumatismus leidend, stand sie in der Nacht zum Sonntag heimlich auf und erhängte sich in der Küche, ohne daß ihre Tochter oder deren Mann etwas merkte. Erst am Morgen fand man sie als Leiche auf.

In Sachen der beabsichtigten Verlegung des Magerviehmarktes nach Friedrichsfelde haben sich die Rummelsburger Interessenten an den Oberbürgermeister von Berlin gewandt, um sich die Unterstützung der Berliner Gemeinde in der Bewegung gegen die Verlegung des Marktes zu sichern. Außerdem streben die Rummelsburger eine Konferenz beim Landwirtschaftsminister an, um in einer persönlichen Rücksprache die Sachlage darzulegen. Wie wir weiter erfahren, haben sich verschiedene Großhändler von Magervieh und Gänzen, die den Rummelsburger Markt bescheiden, unter schriftlich und ehrenamtlich verpflichtet, ihr Vieh auch für die Zukunft nach Rummelsburg zu senden, selbst wenn der geplante Magerviehmarkt in Friedrichsfelde zu Stande kommt.

Großfeuer brach Sonntag in der Kabelfabrik von Siemens u. Halske am Salzwer in Charlottenburg aus und beschäftigte die Charlottenburger und die Berliner Feuerwehr mehrere Stunden. Von dem etwa 70 Meter langen vierstöckigen Gebäude, in dem sich die Modellschlerei befindet, wurde der größte Teil des Dachstuhl zerstört und ein großes Lager von Feuertönen, wertvollen Holzern und Modellen eingestürzt. Gegen 10 Uhr vormittags entdeckte ein Wächter das Feuer in dem Lagerraum des Dachgeschosses. Die Flammen sprangen schnell auf die einzelnen, stark ausgetrockneten Holzstapel über. Da mit der Charlottenburger auch gleichzeitig die Berliner Wehr alarmiert war, so waren bald vier Dampf- und mehrere Druckspritzen zur Stelle. Die Hauptaufgabe war es, dem Feuer den Weg zu verlegen und namentlich zu verhindern, daß die in den einzelnen Stockwerken untergebrachte Modellschlerei stark in Mitleidenschaft gezogen werde. Unter Leitung des Bauamtsdirektors Kiesel arbeitete die Ortswehr mit elf Schlauchleitungen, während die Berliner mit vier Rohren eingriff. Nach anderthalb stündigem Wassergeben war man des Feuers Herr. Die Berliner Löschiüge konnten um 1 Uhr wieder abrüden, doch dauerte die vollständige Ablösung noch einige Stunden. Eine Betriebsstörung findet nicht statt. Die Entstehungsurache des Feuers ist nicht ermittelt.

Das Polizeipräsidium teilt mit: Nach Unterschlagung von mindestens 35000 Kronen ist seit Ende Januar d. Js. von Christiania flüchtig und wird flehentlich verfolgt der in Deutschland geborene, in England naturalisierte Kaufmann Charles Sember, 50 Jahre alt, mittelgroß, blond, mit blondem Schnurrbart, spielenden blauen Augen, von kräftlichem blauen Aussehen; wegen Ausschlägen auf beiden Händen trägt er gewöhnlich Handschuhe. — Seine Spur konnte nach Kopenhagen, Kofod, Steint und Swinemünde verfolgt werden. — Nach Angabe einer Dänin, die ihn bis Swinemünde begleitete, zeigte er Spuren von Geistesgestörtheit, und ist nicht ausgeschlossen, daß er in einer Anstalt Aufnahme gefunden hat. In die Fremdenbücher der Hotels trug er sich als Sember-Fischer ein.

Einem würdigen Bruder in Christo hat sich die Evangelisch-Christliche Gesellschaft St. Michael zugeeignet, nämlich den Dreißigjährigen Krieger. Die frommen Leute finden auf Handzetteln an, daß sie im Laufe dieser Woche in den Hohenzollernsälen zu Friedenau Evangelisationsveranstaltungen abhalten werden, für die u. a. auch Graf Fidler als Redner genannt ist. Wahrscheinlich hat der zur Zeit von der Staatsanwaltschaft gesuchte Rattenheher sich die Bibelverse „Seid unterthan der Obrigkeit“ und „Liebe Deinen Nächsten wie Dich selbst“ zum Thema foren.

Rätselhafte Selbstmorde. Die 17 Jahre alte Stieftochter Klara des Schmagogenpöhrners Müller aus der Klotzstraße 16 verließ am Samstagabend um 11 Uhr, als ihre Eltern nicht zu Hause waren, die Wohnung und sprang, wie Vorüberkommende sahen, kurz vor 2 Uhr gegenüber dem Hause Tempelhofer Ufer 24 in den Landwehrkanal. Als der Vater um 12 Uhr nach Hause kam und das Mädchen nicht fand, stellte er sofort Nachforschungen an. Erst um 6 Uhr morgens fand er mit Hilfe von Schiffen die Vermisste an der Mörderbrücke als Leiche wieder. Die Eltern erklärten, daß sie auch nicht eine Andeutung hinterlassen habe, weshalb sie ins Wasser gegangen sei. — Der 49 Jahre alte Kaufmann Gottlieb Michalek aus der Altonaerstr. 19, der verheiratet und Vater zweier Töchter von 15 und 17 Jahren war, betrieb seit 26 Jahren in dem Hause An der Schleuse Nr. 12 einen Leinenhandel und seit 10 Jahren einen großen Anfuhrhandel in Bedarfsartikeln aller Art nach Südwest-Afrika. Seine Verhältnisse waren, so weit bis jetzt bekannt ist, durchaus geordnet. Als am Samstagmorgen eine Verkäuferin den Packraum hinter dem Comptoir betrat, fand sie Michalek erhängt vor. Ein Arzt stellte fest, daß der Tod schon geraume Zeit vorher eingetreten war.

Die königlichen Museen in Berlin, d. h. das Alte und Neue Museum, das Pergamon-Museum, die National-Galerie, das Museum für Völkertunde und das Kunstgewerbe-Museum sind während der Monate April bis September an den Wochentagen, mit Ausnahme der Montage — die National-Galerie mit Ausnahme der Diensttage —, von 10 bis 4 Uhr Sonntags, und an den zweiten Feiertagen der hohen Feste von 12 bis 6 Uhr für das Publikum geöffnet.

Öffentliche Hygiene-Vorträge der Central-Kommission. Wegen Behinderung des Vortragenden mußte vor einigen Wochen ein Vortrag über Geschlechtskrankheiten ausfallen. Herr Dr. Ernst H. W. Frank wird über dieses Thema nunmehr heute, Dienstag, abends 8 1/2 Uhr, in der Schulstraße 31/2 sprechen. Beginn des Vortrags präzis 8 1/2 Uhr. Zutritt für jedermann unentgeltlich ohne Legitimation.

Professor Dr. Ernst v. Leyden feiert am 20. April seinen fünfzigsten Geburtstag. Ein Komitee will aus Anlaß dieses Tages ein Festbankett in der Philharmonie veranstalten.

